

Paritätische Anmerkungen zum Bildungsbericht 2018

Der 7. Bildungsbericht der Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) strebt eine umfassende empirische Bestandsaufnahme für das deutsche Bildungswesen an. Auf 361 Seiten werden allgemeine Befunde und spezielle Einblicke, angefangen bei der frühen Bildung bis hin zu Formen non-formaler Bildung und informellen Lernens, beschrieben. Der Bildungsbericht 2018 geht schwerpunktmäßig der Frage nach dem Ertrag und der Wirkung von Bildung nach. Einige optimistische Kernaussagen des Berichtes lassen sich wie folgt zusammenfassen: die Anzahl der Bildungsteilnehmer/-innen steigt durch mehr Geburten und Einwanderung, immer mehr Menschen erzielen höhere Bildungsabschlüsse und längere Schulzeiten führen zu höherer Bildung, höherer Zufriedenheit, höheren Einkommen und einer höheren Beteiligung bei Wahlen.

Aus Sicht des Paritätischen markieren die folgenden Befunde jedoch die Herausforderungen der nächsten Jahre:

Steigende Geburtenzahlen und Einwanderung führen zu mehr Bildungsteilnehmer/-innen.

Die Zahl der Geburten in Deutschland steigt. Im Jahr 2016 wurden ca. 792.000 Kinder geboren. Erst ab 2021 wird mit einem langsamen Rückgang gerechnet. Die steigende Zahl der Bildungsteilnehmer/-innen geht aber nicht nur auf die Geburtensteigerung zurück, sondern auch auf die vermehrten Zuzüge aus dem Ausland, immer früherer Bildungsbeteiligung und den Trend zur Höherqualifizierung.

Die Bildungsungleichheit ist manifest.

Die sozialen Disparitäten im Bildungsbereich und Bildungsungleichheiten sind nach wie vor stark ausgeprägt. Der Trend zu mehr Bildung hat leider keine positiven Auswirkungen auf Kinder aus bildungsfernen Schichten. Das zeigt sich auf allen Stufen des Bildungssystems und in unterschiedlichsten Aspekten der Bildungsteilhabe sowie der Bildungsergebnisse. Wenn Eltern einen Hochschulabschluss haben, studieren in der Regel (79 Prozent der Fälle) auch ihre Kinder. Haben die Eltern eine berufliche Ausbildung und kein Abitur, studieren nur 24 Prozent der Kinder. Der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss verringert sich nicht. Er ist im Vergleich sogar leicht angestiegen. Mit 49.300 Schulabgänger/-innen bzw. 6 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung haben 2016 wieder mehr Jugendliche als in den Vorjahren die Schule verlassen, ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Dabei handelt es sich vornehmlich um einen Anstieg von ausländischen Jugendlichen. Der Bericht prognostiziert: „Die Kluft zwischen Personen, die ihre Bildungserfolge Schritt für Schritt steigern können, und anderen, deren ungünstigen Ausgangslagen langfristig nachwirken, könnte größer werden.“ (S. 14)

Die Anzahl von Kindern in bildungsbezogenen Risikolagen ist hoch.

Jedes vierte minderjährige Kind ist von bildungsbezogenen Risikolagen betroffen. Sie wachsen in Haushalten mit erwerbslosen oder formal gering qualifizierten Eltern auf oder in armutsgefährdeten Haushalten. Der Anteil an Kindern in mindestens einer dieser Risikolagen ist in den letzten Jahren leicht gesunken, liegt aber immer noch bei 30 Prozent. Kinder mit Migrationshintergrund und von Alleinerziehenden wachsen auch weiter überproportional häufig unter der Belastung dieser Risikolagen auf.

Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte sind die Verlierer/-innen in unserem Bildungssystem.

Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin deutlich häufiger in formal schlechter gebildeten Elternhäusern. In den Familien mit Migrationshintergrund – mit deutlichen Unterschieden in Abhängigkeit vom Herkunftsland - haben die Eltern deutlich häufiger weder eine Hochschulzugangsberechtigung noch eine abgeschlossene Berufsausbildung: 12 Prozent aller Kinder leben in schlechter gebildeten Elternhäusern mit entsprechenden Risiken für eine erfolgreiche Bildung, darunter 24,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund und 5 Prozent der Kinder unter 18 Jahren ohne Migrationshintergrund. So gehen auch die 16-30-Jährigen mit Migrationshintergrund weiterhin seltener auf eine Hochschule als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund.

Die Heterogenität in den Bildungseinrichtungen wächst.

Migration und Inklusion, aber auch die erweiterte Durchlässigkeit der Bildungsangebote führen dazu, dass die Kitas und Schulen immer unterschiedlicheren Ausgangslagen der Teilnehmenden gerecht werden müssen. So ist etwa die Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung, die in der Familie vorrangig nicht Deutsch sprechen, zwischen 2006 und 2017 von 363.000 auf 553.000 gestiegen.

Der Betreuungsbedarf von Kindern steigt.

Aufgrund der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen ist das „Alleinverdiener-Modell“ der Familienväter nur noch in jeder 5. Familie anzutreffen. Auch in jeder 5. Familie sind bereits beide Elternteile voll erwerbstätig. In rund der Hälfte der Familien ist der Mann in Vollzeit und die Frau teilzeitbeschäftigt. Der Trend zeigt eine zunehmende Erwerbstätigkeit und zunehmendes Arbeitszeitvolumen bei Müttern und folglich einen steigenden Betreuungsbedarf auch von älteren Kindern an.

Es wird zunehmend mehr Personal gebraucht.

Die steigende Zahl an Bildungsteilnehmer/-innen, der steigende Betreuungsbedarf von Kindern und die altersmäßige Zusammensetzung des vorhandenen Personals lässt den Personalbedarf im Bildungs- und Ausbildungsbereich in den nächsten Jahren erheblich wachsen. Allein in der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zum Schuleintritt wird bis zum Jahr 2025 von einem Mindestpersonalbedarf von 313.000 Fachkräften ausgegangen.

Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung

Ein positiver Einfluss ist abhängig von der Qualität der Arbeit in der Kita.

Es gibt Hinweise darauf, dass sich durch den Besuch einer Kindertageseinrichtung die kognitiven Kompetenzen und das sozioemotionale Verhalten von Kindern, und insbesondere von Kindern aus sozioökonomisch bessergestellten Elternhäusern, verbessern. Positive Erträge zeigen sich auch, wenn es um die Schullaufbahn von Kindern geht. Große Erträge hängen demnach maßgeblich von den Anregungsqualitäten der Kindertageseinrichtung, der familialen Erziehung und Bildung sowie des folgenden Schulbesuchs ab. Besuchen Kinder früher, d. h. im Alter von 1 bis unter 3 Jahren, eine Kindertageseinrichtung, so sind sie in ihrem Sozialverhalten in der Grundschulzeit weiterentwickelt, als wenn sie erst im 4. Lebensjahr mit dem Besuch beginnen (Müller, K.U., Spieß, C. K.& Wrohlich, K.(2014). Kindertagesbetreuung. Wie wird ihre Nutzung beeinflusst und was kann sie für die Entwicklung von Kindern bewirken? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 83 (1), 49–67.). Kinder im Alter von 4 bis 5 Jahren, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, verhalten sich prosozialer, wenn die Qualität ihrer Kindertageseinrichtung höher ist. Das heißt, sie sind beispielsweise eher rücksichtsvoll und teilen mit anderen Kindern. Insbesondere Kinder, deren Mütter einen niedrigeren Bildungsabschluss haben, profitieren von einer hohen Qualität ihrer Kindertageseinrichtung (Camehl, G.& Peter, H. F.(2017).Je höher die KitaQualität, desto prosozialer das Verhalten von Kindern. DIW Wochenbericht, Nr. 51+52, 1197–1204.). Die Forschungslage dazu, wie genau der Besuch einer Kindertageseinrichtung wirkt und in welchen Entwicklungsbereichen er sich konsistent manifestiert, ist insgesamt aber noch unbefriedigend.

Die Anzahl der insgesamt betreuten Kinder erhöht sich.

Zwischen 2015 und 2017 stieg die Anzahl der betreuten unter 3-Jährigen erneut um 70 000 auf insgesamt mehr als 760 000 Kinder. Ebenso erhöhte sich zeitgleich die Zahl der betreuten Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt um 80 000, sodass 2017 in diesem Alter fast 2,4 Millionen Kinder ein Angebot der frühen Bildung besuchten. Aufgrund der steigenden Anzahl an Kindern in der Bevölkerung ist die Bildungsbeteiligung sowohl bei den unter 3-Jährigen mit 33 Prozent als auch bei den 3- bis unter 6-Jährigen mit 94 Prozent konstant geblieben. Die demografischen Veränderungen (anhaltender Geburtenanstieg, Zuwanderung) sowie der weiterhin nicht gedeckte Bedarf an Plätzen bei den unter 3-Jährigen macht weitere Ausbauanstrengungen erforderlich.

Das Kind-Tagespflegeperson-Verhältnis ist gestiegen.

In der Kindertagespflege hat sich das Verhältnis zwischen Tagespflegeperson und betreuten Kindern seit 2006 deutlich verändert. Mittlerweile werden von einer Tagespflegeperson im Schnitt 3,7 unter 3-jährige Kinder betreut, wobei hier Länderunterschiede zu beobachten sind.

Der zukünftige Platz- und Fachkräftebedarf in Kitas ist immens.

Der weitere Bedarf an zusätzlichen Plätzen aufgrund des Geburtenanstiegs, der Zuwanderung und der nicht erfüllten Elternwünsche sowie der personelle Ersatzbedarf erfordern bis zum Jahr 2025 einen Mindestpersonalbedarf von etwa 313 000 Fachkräften in der Kindertagesbetreuung für Kinder bis zum Schuleintritt. Die im gleichen Zeitraum zu erwartenden 274 000 neu Ausgebildeten können diesen Bedarf nicht in vollem Umfang decken, sodass mit einer Personallücke von wenigstens 39 000 Fachkräften zu rechnen ist. Aufgrund des hohen Geburtenanstiegs im Jahr 2016 dürfte diese sogar noch höher liegen. Sollten die gegenwärtig politisch breit diskutierten Qualitätsverbesserungen realisiert werden, kann ein darüber hinausgehender Personalbedarf von bis zu 270 000 Fachkräften entstehen. Dies würde weitreichende Maßnahmen einer zusätzlichen Fachkräftegewinnung erforderlich machen.

Elternbeiträge sind sehr stark länderspezifisch.

Die Länder gehen ganz unterschiedlich mit der Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertagesbetreuung um, sodass ganz verschiedene Zuständigkeiten bei der Beitragsfestsetzung bestehen und ungleiche Kriterien für die Staffelung genutzt werden. Darüber hinaus werden in mittlerweile 11 Ländern teilweise oder vollständige Elternbeitragsbefreiungen für bestimmte Altersjahrgänge oder Betreuungsumfänge gewährt.

Gender Gap bei der Einschulung

Mädchen werden häufiger vorzeitig eingeschult als Jungen (3,3 gegenüber 2,1 Prozent); bei den verspäteten Einschulungen sind hingegen mehr Jungen betroffen als Mädchen (9,6 gegenüber 6,2 Prozent). Dies führt dazu, dass der Anteil der 6-Jährigen, die bereits die Schule besuchen, bei Mädchen mit 65 Prozent höher liegt als bei Jungen mit 59 Prozent. Auch der Anteil direkter Einschulungen in die Förderschule ist bei Jungen mit 4 Prozent höher als bei Mädchen mit 2 Prozent.

Allgemeinbildende Schulen

Rückläufiges Angebot allgemeinbildender Schulen bei steigender Geburtenrate.

Seit 1995 hat sich die Anzahl der Grundschulen von ca. 17.900 auf 15.500 im Jahr 2016 verringert, die Sekundarschulangebote von ca. 15.000 auf 11.900. Lediglich im Bereich der Grundschulen in freier Trägerschaft haben sich Anzahl und Anteil kontinuierlich erhöht. Die Aufgabe (öffentlicher) Schulangebote ist vor allem demografisch bedingt und betrifft insbesondere dünn besiedelte Regionen. Hier haben teilweise private Träger die Sicherung einer infrastrukturellen Mindestversorgung übernommen. Die steigenden Geburtenzahlen weisen auf einen wachsenden Bedarf an Schulinrichtungen hin.

Die Betreuung von Grundschulkindern in ganztägigen Settings steigt.

Zwischen 2015 und 2017 ist die Anzahl der betreuten Grundschul Kinder in Hortangeboten erneut um 26 000 Kinder und in Schulen mit Ganztagsangeboten noch einmal um fast 215 000 Kinder gestiegen. Dementsprechend nutzt inzwischen knapp die Hälfte der Kinder im Grundschulalter ein Ganztagsangebot. Nicht nur die steigende Nutzung ganztägiger Angebote im Grundschulalter, sondern auch der Umstand, dass für 86 Prozent der Kinder zwischen 3 Jahren und Schuleintritt zuletzt ein Betreuungsumfang von mehr als 30 Wochenstunden in Kindertageseinrichtungen vereinbart wurden, deuten auf einen steigenden Platzbedarf hin. Werden die Angebote in Anbetracht des geplanten Rechtsanspruchs an die noch nicht erfüllten Elternwünsche angepasst, so ist in den kommenden Jahren mit einem zusätzlichen erheblichen Platz- und Personalbedarf zu rechnen.

Zu langsame Umsetzung von Inklusion an allgemeinbildenden Schulen.

Der Bildungsbericht macht deutlich: Der schrittweise Ausbau des gemeinsamen Unterrichts vollzieht sich im Ländervergleich in sehr unterschiedlichem und insgesamt zu langsamem Tempo. Die Inklusionsquote an den Regelschulen steigt, damit geht aber nahezu kein Rückgang des Anteils von Schüler/-innen einher, die an Förderschulen unterrichtet werden. Bislang zeichnet sich nur in wenigen Ländern ein flächendeckender Trend ab, das Angebot an eigenständigen Förderschulen substantiell zu verringern; in vielen Regionen hat sich dieses Angebot kaum verändert. Nur in vier Ländern werden schon jetzt mehr Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in allgemeinbildenden Regelschulen als in Förderschulen unterrichtet.

Veränderte und sehr unterschiedliche Praxis der Feststellungs- und Klassifizierungsverfahren förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher.

Die Förderquote der Schüler/-innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen ist sogar gestiegen und lag zuletzt bei 7,1 Prozent. Im Jahr 2016/17 wurden gut eine halbe Million Kinder und Jugendliche in allgemeinbildenden Schulen sonderpädagogisch gefördert. Nach wie vor wird der überwiegende Teil der Schüler/-innen dem Förderschwerpunkt „Lernen“ zugeordnet, obwohl hier ca. 68.000 Kinder weniger gefördert als noch 2000/01; dies entspricht einem Rückgang um 26 Prozent. In allen anderen Förderschwerpunkten hat sich die Schülerzahl erhöht, im Bereich „Emotionale und soziale Entwicklung“ sogar mehr als verdoppelt (auf 87.000).

Der Rückgang von Hauptschulen wirkt einem differenzierten System separater organisierter Bildungsgänge mit spezifischem Schulabschluss nicht entgegen.

Eigenständige Haupt- und Realschulen wurden in der Mehrzahl der Bundesländer zugunsten kombinierter Schularten mit mindestens zwei Abschlussoptionen abgeschafft. Die strukturelle Ausgestaltung der Schulsysteme bleibt jedoch hoch differenziert. Schüler/-innen werden trotzdem in separiert organisierten Bildungsgängen auf einen spezifischen Schulabschluss vorbereitet. Ein gemeinsamer Bildungsgangüber-

greifender „integrativer“ Unterricht ist mit Ausnahme der Integrierten Gesamtschule und Gemeinschaftsschule eher selten.

Trend zu höherer Schulbildung steht dem Anstieg der Schulabgänger/-innen ohne Schulabschluss gegenüber.

Weiterhin hält der schon in den letzten Jahren beobachtete anhaltende Trend zu höherer Schulbildung an. Im Zeitraum von 2006 – 2016 wuchs die Zahl der Übergänge von der Grundschule zum Gymnasium um 11 Prozent und die Zahl der Abiturient/innen um 9 Prozent, so dass im Jahre 2016 43 Prozent der Schulabgänger/-innen Abitur gemacht hatten.

Gleichzeitig gab es 2016 erstmals wieder einen Anstieg der Schulabgänger*innen ohne Abschluss. Damit stieg die Zahl der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss in 2016 auf 6 Prozent (49.300). Begründet wird der Anstieg (+ 1.900) weitgehend mit dem Zuwachs von ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss (+ 1.600), u.a. mit dem Verweis auf die vielen Geflüchteten. Zudem kommt ein Großteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen, an denen z.T. der Erwerb eines Hauptschulabschlusses gar nicht vorgesehen ist.

Auffällig ist, dass in allen ostdeutschen Ländern überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss die allgemeinbildende Schule verlassen.

Ohne Schulabschluss, heißt oft kein Zugang zu einem Schulabschluss.

2016 haben 49.300 (6 Prozent) Jugendliche die Schule verlassen, ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Der Großteil (25.000) stammt aus Förderschulen. Zweidrittel der Förderschüler/-innen verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Der Mehrheit, das sind Schüler/-innen im Förderschwerpunkt „Lernen“, aber auch im Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ wird nur ein spezifisches Abschlusszertifikat zuerkannt.

Die außerhalb der Förderschulen erreichten Abschlüsse von Jugendlichen mit sonderpädagogischer Förderung zeigen, dass in allen betrachteten Ländern häufiger ein Hauptschul- oder mittlerer Schulabschluss erreicht wird als an den Förderschulen.

Der soziale Status der Eltern prägt nach wie vor die Bildungschancen der Kinder erheblich.

Ein geringer Sozialstatus, Migrationshintergrund, geringe kognitive Kompetenzen und Eltern mit niedrigem Bildungsstand kennzeichnen die Zusammensetzung der Schülerschaft in vielen Hauptschulen. Im Vergleich zu den Gymnasien, die mit 23 Prozent Migrationsanteil nur halb so viele Schüler/-innen mit Migrationshintergrund fördern, stammen 47 Prozent der Hauptschüler/-innen aus Migrationsfamilien. Beim elterlichen Bildungsstand wird das Bild noch deutlicher: mehr als ein Viertel (26 Prozent) der Hauptschüler/-innen kam 2015 aus Elternhäusern mit geringem Bildungsstand, wogegen dies nur für 4 Prozent der Gymnasiasten zutrifft.

So sind es nur 24 Prozent der jungen Menschen, deren Eltern eine berufliche Ausbildung (ohne Abitur) haben, die selber den Weg zur Hochschulbildung schaffen. Dagegen studieren 79 Prozent der Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss.

Berufliche Ausbildung

Der in den letzten 10 Jahren um ca. 20 Prozent gesunkenen Ausbildungsplatznachfrage in der betrieblichen Ausbildung (demographische Entwicklung, gestiegene Bildungsaspiration) steht eine Verringerung des Ausbildungsplatzangebotes um ca. 11 Prozent gegenüber. Dennoch fehlen in knapp dreiviertel der Arbeitsagenturen Ausbildungsplätze, dies gilt insbesondere für Norddeutschland. Hinzu kommt die fehlende Passung zwischen dem Überangebot an Ausbildungsplätzen für wenige Berufe und den wenigen Angeboten in den vielen anderen Berufsgruppen. So stieg der Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsstellen in den letzten 2 Jahren um 9 Prozent, der Anteil unversorgter Bewerber/-innen blieb konstant bei 13 Prozent.

Fast unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung haben sich im Schulberufssystem gravierende strukturelle Veränderungen vollzogen. Vor allem in den ostdeutschen Flächenländern reduziert sich das Schulberufssystem nahezu vollständig auf Berufe im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen. Ein differenzierter Blick auf die Berufsgruppen zeigt in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen sowie in den sozialpflegerischen Berufen eine Steigerung um ca. die Hälfte, bei Erzieher- und Kinderpflegeberufen verdoppeln sich die Zahlen. Während Berufe in der Mediengestaltung zunehmen, reduzieren sich informationstechnische und kaufmännische Assistenzberufe. Diese Entwicklung im Schulberufssystem wird man einerseits vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungen als wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in diesem Bereich sehen müssen. Zugleich bedeutet sie andererseits eine Verengung von Berufswahloptionen. Mit diesen Strukturveränderungen, die im Schulberufssystem immer stärker den mittleren Schulabschluss voraussetzen, schwinden also auch Ausbildungsalternativen für Gruppen, die von einem erschwerten Ausbildungszugang besonders betroffen sind.

Übergänge in duale, vollzeitschulische Berufsausbildung und den Übergangsbereich

In das berufliche Ausbildungssystem mündeten 2017 knapp 1 Million Personen ein. Etwa die Hälfte der Neuzugänge (490.000) befand sich im dualen System, etwas mehr als ein Fünftel im Schulberufssystem (214.000) und nicht ganz ein Drittel (292.000) im Übergangsbereich.

Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, deren Zahl sich in den letzten beiden Jahren erheblich erhöht hat, verringern sich die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen 2005 und 2016 von 26 auf 18 Prozent.

Etwas mehr als die Hälfte der männlichen Jugendlichen mündet in das duale System, bei den Frauen sind dies nur 42 Prozent. Dagegen nehmen Frauen mit 35 Prozent

mehr als dreimal so oft wie Männer eine Ausbildung im Schulberufssystem auf. An den größeren Übergangsschwierigkeiten der Männer im Vergleich zu den Frauen hat sich wenig geändert. Mit 36 Prozent münden sie um 13 Prozentpunkte häufiger als Frauen in den Übergangsbereich. Vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens stellen sich verstärkte Anforderungen auch an die Berufsorientierung.

Zudem bestehen verfestigte Nachteile für Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft fort. Lediglich jeweils 10 Prozent der Auszubildenden im dualen und im berufsschulischen Sektor sind Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft, aber mehr als ein Drittel der Neuzugänge im Übergangsbereich.

Der Übergangsbereich wird größer und herausfordernder.

Seit 2015 (viele Zugänge von jungen Geflüchteten) ist die Anzahl der Neuzugänge in den Übergangsbereich wieder angestiegen (+50.000). Mit 29 Prozent aller Neuzugänge nimmt die Ausbildungsvorbereitung einen erheblichen Teil der erfolglos gebliebenen Ausbildungsinteressierten auf (2017: 292.000), dies gilt insbesondere für die vielen Angebote an den Berufsschulen. Der Anteil ausländischer Jugendlicher an den Neuzugängen im Übergangsbereich ist hier von 14 Prozent (2005) auf 36 Prozent in 2016 gestiegen, es münden Jugendliche, die hier geboren wurden, aber bei denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist, zu etwa 36 Prozent in den Übergangsbereich, Jugendliche, die selbst zugewandert sind, dagegen zu mehr als zwei Fünfteln. Der Anteil von Personen ohne Hauptschulabschluss im Übergangsbereich stieg von 16 Prozent (2005) auf 29 Prozent (2016). Sowohl junge Menschen mit Migrationshintergrund als auch Jugendliche ohne Hauptschulabschluss – und insbesondere diejenigen, wo beides zutrifft – haben es auf dem Ausbildungsmarkt besonders schwer.

Maßnahmenkarrieren im Übergangsbereich verbessern die Chance auf Ausbildung kaum.

Nach jahrelangem Rückgang wuchs zwischen 2014 und 2016 der Übergangsbereich um ca. 50.000 Neuzugänge und blieb auch 2017 auf relativ hohem Niveau. Dieses starke Wachstum ist auch durch die in den letzten Jahren erfolgte Integration von Schutz- und Asylsuchenden in die Berufsvorbereitung zu erklären.

Ca. 60 Prozent der Jugendlichen des Übergangsbereichs münden nach einer oder mehreren Maßnahmen in eine berufliche (duale oder vollzeitschulische) Ausbildung, darunter 52 Prozent nach einer Maßnahme und weitere 10 Prozent nach einer 2. oder auch 3. und 4. Maßnahme. Obwohl sich mit diesen Angeboten die Erwartung verbindet, dass es den Jugendlichen nach erfolgreicher Beendigung der Maßnahme gelingt, in eine Ausbildung überzugehen, gelingt dies ca. 40 Prozent der Jugendlichen nach dem Durchlaufen einer oder mehrerer Übergangsmaßnahmen nicht.

Differenzierte Bewertung der Zugangschancen in Ausbildung

Der Zugang in eine vollqualifizierende Ausbildung unterliegt einem komplexen Wirkungsgefüge aus regionalen Ausbildungsmarkteinflüssen und Bildungsangeboten sowie individuellen Merkmalen und Herkunftsfaktoren. Die Kompetenzniveaus von Jugendlichen im Übergangsbereich und in vollqualifizierender Ausbildung unterscheiden sich bei gleichem Schulabschluss kaum. Der Bildungsbericht macht deutlich, dass die Friktionen bei der Ausbildungseinmündung hängen viel weniger von den Kompetenzen der Jugendlichen abhängen, als dies in der Öffentlichkeit mitunter diskutiert wird.

Aber: Jugendlichen, die auf bildungsrelevante Ressourcen zurückgreifen können, gelingt die Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung im Durchschnitt mit einer um ca. 8 bis 9 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit. Die Unterstützungsleistungen der Eltern werden für die Einmündung ins duale System relevant und verbessern dort je nach Kriterium deren Wahrscheinlichkeit durchschnittlich um 6 bis 9 Prozent. Ein Migrationshintergrund wirkt sich – bei sonst gleichen Voraussetzungen (Schulabschlüsse, Kompetenzausprägungen, Elternunterstützung) – nachteilig (bei einer um ca. 5 Prozentpunkte geminderten Wahrscheinlichkeit) auf die Ausbildungseinmündung in das duale System aus, nicht jedoch in das Schulberufssystem. Bei den Gesundheits- und Pflegeberufen vergrößert die Verfügbarkeit bildungsrelevanter Ressourcen die Wahrscheinlichkeit der Einmündung.

Berlin, Juli 2018

Birgit Beierling, Niels Espenhorst, Claudia Karstens, Almut Kirschbaum, Juliane Meinhold